

Zur Inneren Sicherheit

Foto: ©SMI | C. Reichelt



Armin Schuster, Sächsischer Staatsminister des Innern

Liebe Leserinnen und Leser,

Artikel 1 des Grundgesetzes verpflichtet alle staatliche Gewalt, die Würde des Menschen zu schützen. Dazu gehört auch die Sicherheit. Der Staat erfüllt diesen Verfassungsauftrag im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Sicherheitspolitisch hat unsere Zeit ihre besonderen Herausforderungen. Hybride Bedrohungen, Cyberkriminalität, Spionage, Sabotage und Extremismus nehmen zu. Amts- und Mandatsträger werden bedroht. Polizisten, Rettungsdienste oder Feuerwehrleute werden angegriffen. In manchen Städten greift Clan-Kriminalität um sich. Die illegale Migration steigt. Diesen Tendenzen müssen wir gegensteuern. Wir brauchen eine Zeitenwende auch in der inneren Sicherheit.

Europäische Grenzsicherung: Der Schengenraum ohne Binnengrenzkontrollen ist eine große Errungenschaft der Europäischen Union. Wir können diese Freizügigkeit nach innen nur erhalten, wenn wir die EU-Grenzen nach außen gut schützen. Deshalb brauchen wir eine einheitliche europäische Grenzsicherung. Dadurch verhindern wir auch Menschenhandel, Zwangsprostitution, Arbeitsausbeutung oder Schleuserkriminalität. Zudem ist es wichtig, dass die Länderpolizeien die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX unterstützen.

Stationäre Grenzkontrollen: Solange die Außengrenzen nicht genügend geschützt

sind, sind Grenzkontrollen im Schengenraum lageabhängig befristet möglich. Nach dem bisherigen Zugang an irregulärer Migration müssen wir dieses Jahr mit weit über 300.000 Flüchtlingen rechnen, hinzu kommen noch die Menschen, die aus der Ukraine zu uns einreisen. Von den irregulären Bewegungen profitieren dabei die Schleuser, die immer aggressiver agieren. Sie verursachen schwere Unfälle und riskieren den Tod von Flüchtlingen. Daher brauchen wir lageabhängige EU-Binnengrenzkontrollen nicht nur an der österreichischen, sondern auch an der polnischen und tschechischen Grenze. Der Schwerpunkt illegaler Migration hat sich inzwischen an diese Grenzabschnitte verlagert. Slowenien, Norwegen, Dänemark, Schweden und Österreich haben bereits Grenzkontrollen verhängt. Auch Frankreich. Zudem dürfen wir nicht zulassen, dass Belarus Schleuserkriminalität als Waffe gegen Polen und damit gegen Europa einsetzt. Deshalb muss der Bund in Brüssel die Notifizierung dieser begrenzten Kontrollen beantragen.

Präventivbefugnisse für die Polizei: Die Polizei braucht mehr Befugnisse, um präventiv zu wirken. Dies gilt für die Ausweitung der Präventivhaft für Clan-Mitglieder, aber vor allem für die digitale Spurensicherung. Der Europäische Gerichtshof hat bereits die Speicherung von IP-Adressen unter bestimmten Voraussetzungen als rechtlich zulässig bewertet. Mit Online-Durchsuchungen und Quellen-Telekommunikationsüberwachung kann die Polizei Menschenhandel, Kinderpornografie, Terrorismus, Sabotage und Spionage zurückdrängen. Entscheidend ist: Die Polizei muss mehr dürfen, damit Kriminelle weniger können.

Cybersicherheit/IT-Sicherheit: Der Austausch von Informationen zwischen den Behörden im Bereich der Cybersicherheit muss vorangetrieben und gebündelt werden, um die Cybersicherheit zu gewährleis-

ten. Die Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene müssen ohne Schnittstellenprobleme miteinander Informationen austauschen können.

Informationssicherheit schützt kritische Infrastrukturen und macht das Land widerstandsfähiger gegen Bedrohungen.

Schutz der Einsatzkräfte: Angriffe auf unsere Polizistinnen und Polizisten haben zugenommen. Die Hemmschwelle, Einsatzkräfte zu verletzen oder deren Verletzung bewusst hinzunehmen, ist gesunken. Dies betrifft nahezu den gesamten öffentlichen Dienst – auch Feuerwehrleute, Lehrer, Richter usw. Bundesweit ist jede und jeder Vierte im öffentlichen Dienst Opfer von Gewalt geworden. Das darf der Staat nicht hinnehmen. Deshalb braucht die Polizei nicht nur die modernste Sachausstattung zum Eigenschutz und intensive Aus- und Fortbildung, sondern auch die Politik muss über Parteigrenzen hinweg zum Ausdruck bringen, dass sie klar hinter der Polizei steht. Pauschale Verdächtigungen schwächen das Ansehen der Polizei und sind Nährboden für verbale und tätliche Angriffe auf sie. Dagegen lautet unsere Botschaft: Wir schützen jene, die uns schützen.

Liebe Leserinnen und Leser, eine Zeitenwende in der inneren Sicherheit bedeutet auch einen Mentalitätswechsel. Einhaltung von Sicherheit, Recht und Ordnung muss wieder Vorrang haben. Nur so werden wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat stärken und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung verteidigen können – eine Grundordnung, der wir so viel verdanken.

Staatsminister Armin Schuster ist der Schirmherr der General Police Equipment Exhibition and Conference (GPEC®) 2024 in Leipzig.